



SEITE 2/3
Pflege als gesamtgesellschaftliche Aufgabe
Eurokrise

SEITE 4/5
Planspiel Zukunftsdialog
Faire Regeln für gute Arbeit



SEITE 6/7
Die SPD-Fraktion beim 1. Mai

SEITE 8/9
DGB-Chef Michael Sommer zum 1. Mai
Sport-Frühjahrsempfang



SEITE 10/11
Im Interview: Anette Kramme und Ernst-Dieter Rossmann

SEITE 12
Atomausstieg: unehrlich und inkonsequent

GUTE ARBEIT



Ausgabe 3/2012

Kita-Plätze statt Betreuungsgeld!

Echte Wahlfreiheit gibt es nur mit einem flächendeckenden Betreuungsangebot.

Angela Merkel hat sich festgelegt: Das Betreuungsgeld soll kommen. Ab 2013 sollen Eltern, die keine öffentlich geförderte Kindertageseinrichtung für ihre Kinder von ein bis drei Jahren in Anspruch nehmen, ein Betreuungsgeld bekommen.

Dabei ist das Betreuungsgeld auch bei Schwarz-Gelb mehr als umstritten. Schon im März haben 23 Bundestagsabgeordnete der Union in einem Brief an Fraktionsvorsitzenden Kauder angekündigt, gegen das Betreuungsgeld zu stimmen. FDP-Chef Philipp Rösler macht keinen Hehl daraus, dass es kein Lieblingsprojekt der Liberalen ist. Einzig der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer sieht die Maßnahme als „Ausdruck einer modernen, freiheitlichen Familienpolitik“. Gestützt wird er von der Kanzlerin, die wider aller Vernunft am Betreuungsgeld festhält.

Klar ist: Das Betreuungsgeld ist vor allem eine Fernhalteprämie. Es hält Kinder von der frühkindlichen Bildung und Frauen vom Beruf fern. „Das Betreuungsgeld ist eine bildungspolitische Katastrophe, ein gleichstellungspolitischer Irrweg und eine Verschwendung von wertvollen Steuermilliarden“, sagt die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Dagmar Ziegler. Dazu drohen hohe soziale Folgekosten. Denn für Familien mit niedrigem und mittlerem Einkommen schafft es einen finanziellen Anreiz, den Kita-Platz gegen eine Geldleistung einzutauschen. Dabei brauchen viele Kinder eine bessere, individuelle Förderung. Vor allem aber verhindert das Betreuungsgeld genau das, was seine Befürworter angeblich erreichen wollen: die Wahlfreiheit der Eltern darüber, wie ihr Kind betreut werden soll.



Wer echte Wahlfreiheit will, muss zuerst sicherstellen, dass es für alle Kinder ein Betreuungsangebot gibt.

Denn die Voraussetzung für eine wirkliche Wahlfreiheit wäre ein flächendeckendes Angebot an Kinderbetreuungsplätzen. Davon ist Deutschland aber weit entfernt. Gerade in etlichen Regionen Westdeutschlands gibt es noch lange kein bedarfsdeckendes Angebot an Krippen- und Kitaplätzen. Zahlreiche Städte und Gemeinden warnen, aufgrund der schlechten kommunalen Haushaltslage den ab 2013 geltenden Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem ersten Geburtstag möglicherweise nicht erfüllen zu können. Denn derzeit werden nur 25,4 Prozent der Kinder unter drei Jahren in einer Kita oder Ganztagspflege gefördert. Um das veranschlagte Ziel von 35 Prozent bis August 2013 zu erreichen, fehlen noch mindestens 230.000 Plätze. Dabei ließen sich schon mit den zwei Milliarden, die das Betreuungsgeld

kostet, 166.000 Kita-Plätze finanzieren. „Sie müssen begründen, warum eine Wahlfreiheit gar nicht erst zustande kommen kann, weil es gar nicht genügend Kita-Plätze gibt“, sagte Sönke Rix gerichtet an Union und FDP im Bundestag. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert von der Regierung, auf das Betreuungsgeld zu verzichten und stattdessen in den Kita-Ausbau zu investieren.

„Tatsächlich lässt die Koalition Frauen und Familien hängen, die auf Krippenplätze warten“, kritisiert SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier. Es sei unverantwortlich, Prämien zu zahlen, um Kinder aus der Kita fernzuhalten. ■

Mehr Infos zu allen Themen:

www.spdfraktion.de

Betreuungsgeld contra Kita-Plätze

- **Fehlende Kita-Plätze derzeit: 230.000**
- **Jährliche Kosten des Betreuungsgeldes: bis zu 2 Milliarden Euro**
- **Mögliche Kita-Plätze für 2 Milliarden Euro: 166.000**



Total Banane!

Neues aus der schwarz-gelben Welt

Stolz hat Familienministerin Kristina Schröder kürzlich ihr Buch „Danke, emanzipiert sind wir selber!“ präsentiert. Wir würdigen das Werk mit einer Presseschau:

„Man möchte das Buch am liebsten an die Wand pfeffern.“ (Der Spiegel)

„Eine Zumutung für junge Frauen.“ (Zeit online)

„Abschied von der Politik.“ (Spiegel online)

„Ist das Frauenbild von Schröder wirklich so naiv?“ (Die Welt)

„Ist das alles? Dann: Nein, danke.“ (Süddeutsche Zeitung)

„Schröder kapituliert.“ (Spiegel online)

„Kein Mut! Keine Ideen! Kein Erfolg! Nix ist öder als die Politik von Frau Schröder.“ (Bild)

Die FDP wirbt gerne damit, dass sie gut mit Geld umgehen kann, ihre eigenen Kassen scheinen aber leer zu sein. So leer, dass die Partei im Wahlkampf schon zu fragwürdigen Mitteln greifen muss: Haushalte in ganz Deutschland haben kürzlich Post von FDP-Fraktionschef Rainer Brüderle bekommen. In dem Brief wirbt die FDP-Fraktion für ihre Arbeit – und das kurz vor den Landtagswahlen in NRW und Schleswig-Holstein. Bezahlt wurde der Brief allerdings mit Steuergeldern.

„Ich verstehe die ganze Kampagne nicht. Brüderle plant eine Steuersenkung auf Pump und nutzt nun das Geld der Steuerzahler, um zu sagen, dass er gegen neue Schulden ist. Scheinheiliger geht es nicht“, sagt dazu Thomas Oppermann, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion.

Pflege: Eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft

Die SPD-Fraktion setzt dem schwarz-gelben „Pflegerförmchen“ ein Gesamtkonzept entgegen. Dazu gehört auch gute Arbeit in der Pflege.

Schon 2011 sollte das „Jahr der Pflege“ werden, so hatte es der damalige Gesundheitsminister Philipp Rösler versprochen. Jetzt hat sein Nachfolger Daniel Bahr (FDP) mit monatelanger Verspätung einen Gesetzentwurf vorgelegt. Damit steht fest: die groß angekündigte Pflegereform bleibt aus. Im dritten Amtsjahr der schwarz-gelben Koalition sei nur ein „Reförmchen“ mit einem Volumen von einer Milliarde Euro herausgekommen, kritisiert der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Karl Lauterbach. „In den ersten Tagen der Regierung haben sie dreimal soviel an Hoteliers bezahlt, als für alle zu Pflegenden im dritten Regierungsjahr.“ Für Lauterbach ist klar, dass die Erhöhung des Beitragssatzes um 0,1 Prozent nicht ausreicht, um die Aufgaben in der Pflege zu finanzieren.

Was in dem Gesetzentwurf zudem fehlt, ist die Neudefinition des Pflegebedürftigkeitsbegriffs. Gerade diese ist aber für viele Pflegebedürftige und ihre Angehörigen besonders wichtig. Der bisherige Begriff ist sehr stark auf körperliche Gebrechen ausgerichtet, geistig-seelische Erkrankungen wie Demenz fallen nicht darunter. Damit sind altersverwirrte Patienten bei den Leistungen der Pflegeversicherung weitgehend außen vor.

Ein Fachbeirat hat im Auftrag der damaligen SPD-Gesundheitsministerin Ulla Schmidt schon 2009 einen umfassenden Bericht für einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff vorgelegt. Seine Umsetzung wollte die Union in der Großen Koalition nicht mehr vorantreiben. Jetzt will Bahr erneut einen Fach-



Pflegebedürftige Menschen sollen selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilhaben.

beirat einberufen und verschwendet damit wertvolle Zeit auf Kosten der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen. Die SPD-Fraktion hat dagegen ein umfassendes Pflegekonzept vorgelegt. Daran haben die Sozialdemokraten seit Beginn der Legislaturperiode im engen Dialog mit Krankenkassen, Verbänden und Gewerkschaften gearbeitet. Ziel ist es, dass pflegebedürftige Menschen selbstbestimmt leben und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Für den Pflegebedürftigkeitsbegriff sieht die SPD-Fraktion ein neues Begutachtungsverfahren und den Ausbau der Pflegestufen von drei auf fünf vor. Praktisch heißt das zum Beispiel, dass nicht mehr nur bewertet wird, ob jemand körperlich in der Lage ist, sich allein zu waschen, sondern auch, ob die Person mental in der Lage dazu ist und es nicht vergisst.

Zudem sieht die SPD-Fraktion Handlungsbedarf bei den Pflegeberufen.

Bereits heute besteht in der Pflege ein Fachkräftemangel, der Bedarf an Pflegefachkräften wird in den nächsten Jahren weiter steigen. Für die SPD-Fraktion steht fest: Der Gesundheitssektor ist nicht nur Kostenfaktor, sondern bietet auch große Chancen auf mehr qualitativ hochwertige Arbeit. Dafür wollen die Sozialdemokraten die Ausbildung verbessern und ein attraktives Berufsumfeld schaffen, das Aufstiegsmöglichkeiten bietet.

In der Pflege dürfe nicht nur ein Mindestlohn gezahlt werden, sagte Fraktionsvize Elke Ferner, sondern ein Lohn, von dem die Beschäftigten gut leben könnten. Ziel müssten flächendeckende Tarife und gleiche Löhne in Ost- und Westdeutschland sein. „Wir brauchen eine bessere Ausbildung, attraktivere Arbeitsbedingungen und vor allem eine bessere Bezahlung, damit sich junge Menschen entschließen, diesen Beruf auszuüben.“ ■

Praxisgebühr abschaffen

Mit einem Antrag hat die SPD-Fraktion im Bundestag ihre Forderung nach der Abschaffung der Praxisgebühr bekräftigt.

Aufgrund der guten konjunkturellen Entwicklung haben die Kassen im letzten Jahr große Überschüsse erwirtschaftet. Über die Abschaffung der Gebühr könnte ein Teil davon zurück an die Patienten gehen. Zudem habe die Praxisgebühr fast zehn Jahre nach ihrer Einführung die beabsichtigte steuernde Wirkung – die Senkung der Facharztbesuche – verfehlt, heißt es in dem Antrag. Außerdem ist die Gebühr nicht

nur bei den Versicherten unbeliebt, auch Ärzte und Krankenkassen klagen über den damit verbundenen zusätzlichen Verwaltungsaufwand. Von der CDU/CSU-Fraktion wurde sie im Rahmen der Verhandlungen zum Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GMG) 2003 durchgesetzt. Besonders der heutige bayerische Ministerpräsident Seehofer (CSU) hatte sich dafür stark gemacht.

Daneben will die SPD-Fraktion mit ihrem Antrag die hausärztliche Versorgung stärken, um die Wirtschaftlichkeit und die Qualität unseres

Gesundheitssystems langfristig zu sichern. Die Krankenkassenbeiträge sollen wieder zu gleichen Teilen von Beschäftigten und Arbeitgebern gezahlt werden. Mit der Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung will die SPD-Fraktion die sozial ungerechten Zusatzbeiträge abschaffen und zu jener Beitragsautonomie zurückkehren, bei der jede einzelne Krankenkasse ihren Beitragssatz bestimmt. Dieser liegt augenblicklich bei allen 140 Krankenkassen bei 15,5 Prozent und ist damit laut SPD viel zu hoch. ■



Für die SPD-Bundestagsfraktion ist Deutschland ohne Europa nicht vorstellbar.

„Wachstum schafft man nicht durch fantasieloses Sparen“

Die Antwort auf die Eurokrise kann nur ein Dreiklang aus Haushaltskonsolidierung, Strukturereformen und Wachstumselementen sein.

Immer noch kein Land in Sicht für Europa: Die bisherige Kombination aus immer höheren Kredithilfen und Haushaltskürzungen haben die Krise nicht eindämmen können. Für die SPD-Bundestagsfraktion steht fest, dass eine Stabilisierung der Krisenländer nur durch zusätzliche Wachstumsimpulse möglich ist. Die Sozialdemokraten werden darum im Deutschen Bundestag in den anstehenden Verhandlungen über den so genannten Fiskalpakt die Frage einer Wachstumsstrategie für Europa einbringen. Für den Fiskalpakt ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit in Bundestag und Bundesrat nötig.

In einem Positionspapier von SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier mit dem Titel „Gemeinsam stärker. Wachstumsprogramm für die industrielle Erneuerung Europas“ heißt es, dass der Diskussionsprozess zwischen Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften vertieft werden muss. Im Zentrum des Papiers stehen Strategien, die zu mehr Wachstum in Europa führen. Denn wird die gegenwärtige Rezessionsspirale nicht durchbrochen, kann niemand mehr gewährleisten, dass die Kredite, etwa für Griechenland, auch zurückgezahlt werden. Werden immer nur Hilfszahlungen nachgeschoben, ist das nicht nur eine fiskalische, sondern vor allem eine politische Belastungsprobe für die Staaten der Euro-Zone. „Wachstum aber schafft man nicht durch fan-

tasieloses Sparen, das den Menschen die Arbeitsplätze und den Staaten die Steuereinnahmen nimmt“, erklärt SPD-Fraktionsvize Axel Schäfer. Die Bundesregierung habe dies bislang noch nicht verstanden. Mit ihrer einseitigen Politik gefährde sie die Zustimmung zu Europa in immer mehr Ländern.

Mit dem Sieg von François Hollande und dem Sturz der konservativen Regierung in Frankreich stehen jetzt die Zeichen auf einen Neuanfang bei der Krisenbewältigung. Die deutsche Sozialdemokratie fordert seit Monaten gemeinsam mit den französischen Sozialisten ein Investitions- und Aufbauprogramm für Europa, weil nur so die verhängnisvollen Abwärtsspiralen ebenso wie die Spaltungstendenzen in der Eurozone abzuwenden und letztlich nur so tragfähige Staatsfinanzen zu erreichen sind.

„Wir wollen den Fiskalpakt um einen Wachstums- und Beschäftigungspakt ergänzen, der die dramatisch hohe Jugendarbeitslosigkeit bekämpft und die Weichen in Richtung Realwirtschaft stellt“, sagt SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier. Dazu gehöre unabdingbar die Besteuerung und Regulierung der Finanzmärkte. Vor allem in der Finanztransaktionssteuer sieht Steinmeier einen Schlüssel zu mehr Gerechtigkeit und zu höheren Investitionen in Bildung, in eine innovative Wirtschaft und eine moderne Infra-

struktur. Die junge Generation nehme Europa immer mehr als ein Abbruchunternehmen wahr und gehe in den Protest. „Wir müssen dafür sorgen, dass unser Europa wieder eine Aufbaugemeinschaft ist.“

Die SPD-Bundestagsfraktion glaubt an die Zukunft der europäischen Idee. „Wir treten ein für ein soziales Europa, in dem die Menschen eine Perspektive haben“, sagt Axel Schäfer. Es seien ursozialdemokratische Themen, die heute auf der Tagesordnung stehen: gute Arbeit zu ordentlichen Löhnen und Bedingungen, ein soziales Gesundheits- und Rentensystem und ein Bildungssystem, das jungen Menschen Chancen eröffnet. Für die SPD-Bundestagsfraktion ist klar: Um diese Ziele zu erreichen, bedarf es einer mutigen, nach vorne gerichteten Politik. Einer Politik, die nicht die „marktkonforme Demokratie“ von Frau Merkel verkörpert, sondern das Primat der Politik zurückerobert.

Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen eine Diskussion anstoßen und laden alle europäischen Partner ein, sich mit auf den Weg zu machen, um ein neues industrielles Zeitalter des nachhaltigen Wohlstands zu beginnen. ■

Das Positionspapier von Frank-Walter Steinmeier gibt es unter:

www.spdfraktion.de

Editorial



von Frank-Walter Steinmeier, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Der Sieg von François Hollande wird weit über die Grenzen Frankreichs hinaus neue Impulse setzen. Ich bin froh, dass wir jetzt mit François Hollande einen Partner an unserer Seite haben, der zur Überwindung der Staatsschuldenkrise in Europa wesentliche Positionen zur Erstarkeung der europäischen Krisenstaaten mit uns Sozialdemokraten teilt. Genau wie die SPD will auch Hollande die Verschuldungspolitik beenden, ohne dass Europa weiter in die Rezession getrieben wird. Genau wie wir fordert er neben dem Fiskalpakt ein solides Wachstumsprogramm. Und auch Frau Merkel wird schon bald zu der Erkenntnis kommen, dass der Fiskalpakt ohne ein Wachstumsprogramm scheitern wird.

Vor den zukünftigen Verhandlungen und Abstimmungen über den Fiskalpakt im Deutschen Bundestag sollte die Bundeskanzlerin einsehen, dass Deutschland die vergangenen zwei Jahre nur so unbeschadet überstanden hat, weil wir Sozialdemokraten in Regierungszeiten immer den Dreiklang aus Haushaltskonsolidierung, Strukturereformen und Wachstumselementen miteinander verbunden haben. Nur durch diese Kombination stehen wir heute wieder an der Spitze Europas.

Damit dies so bleibt und die Wirtschaft unserer europäischen Nachbarn wieder in Gang kommt, sehe ich drei Elemente für Wachstumsimpulse: Erstens können wir durch die Besteuerung der Finanzmärkte finanzielle Ressourcen schaffen. Zweitens müssen wir bei der Vergabe von EU-Strukturmitteln den Krisenländern vorübergehend für bis zu zehn Jahre die verpflichtende Eigenbeteiligung bei der Inanspruchnahme der Gelder erlassen. Und drittens sollten wir die Europäische Investitionsbank mit mehr Kapital ausstatten, damit sie Wachstumsimpulse finanzieren kann. Gemeinsam müssen wir jetzt dafür sorgen, dass unser Europa wieder eine starke Gemeinschaft wird. ■



140 Jugendliche erlebten beim Planspiel Zukunftsdialog drei spannende Tage in Berlin.



Beratung in den Arbeitsgruppen.



Frank-Walter Steinmeier kam gut an.



Auch beim Essen wird Politik gemacht.

Zukunftsdialog: Mehr als Theater

Premiere im Bundestag: Beim „Planspiel Zukunftsdialog“ durften 140 Jugendliche aus ganz Deutschland drei Tage lang die Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion simulieren.

Als das Wort „Kita-Pflicht“ fällt, wird es unruhig im SPD-Fraktionssaal im Bundestag. Soeben stellt die Arbeitsgruppe Integration ihren Antrag vor, mit dem sie Kinder von Einwanderern fördern will. Die Sprecherin der AG verliest einen der Kernpunkte: Die Bundesregierung solle „deutschlandweit eine Kindertagespflicht ab einem Alter von drei Jahren einführen, um Kindern mit Migrationshintergrund frühzeitig Sprachkenntnisse und soziale Kompetenzen zu vermitteln.“ Damit erntet sie Widerspruch. Ein junger Abgeordneter entgegnet: Erziehung sei Sache der Eltern, eine Kita-Pflicht verstoße deshalb gegen das Grundgesetz. Aber es gebe doch auch eine Schulpflicht, entgegnet andere, und für Bildung sei der Staat zuständig. Schließlich wird abgestimmt. Eine knappe Mehrheit votiert dafür, den Passus zu streichen. Anschließend wird der Antrag, in dem auch mehr Jugendzentren und Stipendien gefordert werden, fast einstimmig angenommen.

So wie in diesem Beispiel laufen Debatten im parlamentarischen Alltag häufig ab. Doch dieses Mal diskutieren nicht die „echten“ Abgeordneten, sondern die Teilnehmer des „Planspiels Zukunftsdialog“, die gerade ihre Ab-

schlussveranstaltung abhalten. Die SPD-Bundestagsfraktion hat 140 Jugendliche aus ganz Deutschland eingeladen, drei Tage lang den parlamentarischen Betrieb zu simulieren.

Hinter den 15- bis 20-Jährigen liegen drei turbulente Tage. Nach ihrer Ankunft haben sie sich als Fraktion konstituiert, den Fraktionsvorsitz gewählt und sich in Arbeitsgruppen aufgeteilt – so wie die „richtige“ SPD-Fraktion. Die Arbeitsgruppen haben sich beraten, Forderungen und Gesetzesanträge formuliert und diese mit den echten SPD-Bundestagsabgeordneten diskutiert. Nun sitzen alle in großer Runde zusammen und stimmen ab: Welchen Antrag unterstützt die Fraktion, und welchen lehnt sie ab?

„Wir spielen hier nicht nur Theater“, betont Johanna Tigges, die das Planspiel für die SPD-Fraktion mitbetreut hat. Es gehe nicht nur darum, den Jugendlichen einen Einblick in die Arbeit der Fraktion zu vermitteln. Auch für die Parlamentarier seien die Forderungen der Jugendlichen eine wichtige Rückmeldung. Die Fraktion führt seit 2011 einen „Zukunftsdialog“: Gemeinsam mit gesellschaftlichen Gruppen, Wissenschaftlern und Internetnutzern arbeitet sie an Konzepten für eine künfti-



Redebeitrag in der Fraktion.



Die Jugend erobert den Fraktionssaal.



Übernahm den Fraktionsvorsitz von Frank-Walter Steinmeier: Miro Kneip (mitte).

ge Regierungsverantwortung. Und nun auch mit den Teilnehmern des Planspiels. „Unsere Abgeordneten wollten einen Eindruck gewinnen: Was interessiert die Jugendlichen?“, erklärt Tigges. Ähnliche Planspiele veranstaltet auch der Bundestag. Auf der Ebene der Fraktionsarbeit war es jedoch eine Premiere: Erstmals konnten sich Jugendliche in den Alltag einer Bundestagsfraktion einfühlen. Bei den Teilnehmern kam die Aktion gut an, auch weil sie das eine oder andere Vorurteil über den angeblich lahmen Parlamentsbetrieb in die Mülltonne wandern ließ: „Ich hätte nicht gedacht, dass wir in so kurzer Zeit so produktiv sein können“, staunte der 19-jährige Ben Rigod aus Hannover hinterher. Andere Teilnehmer lobten die gute Organisation und waren überrascht, dass prominente Politiker wie Frank-Walter Steinmeier tatsächlich mit ihnen sprechen wollten.

Begeistert von den Ergebnissen zeigte sich auch Petra Ernstberger, die Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion. Das Parlament sei eines der wichtigsten Instrumente der Demokratie, betonte sie zur Verabschiedung. Und den Jugendlichen gab sie mit auf den Weg: „Ihr seid jetzt parlamentarische Botschafter.“ ■

Arbeitsmarkt: Mit fairen Regeln zu guter Arbeit

Die guten Arbeitsmarktzahlen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass viele Menschen von ihrem Lohn allein nicht leben können.

Zum ersten Mal seit Jahrzehnten zeigen sich nachhaltige Erfolge beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Der Arbeitsmarkt hat sich in der Krise als äußerst robust und im anschließenden Aufschwung als dynamisch erwiesen. Mehr als 41 Millionen Menschen sind erwerbstätig. Die Zahl der Arbeitslosen ist auf unter drei Millionen gesunken. Zahlen, die Mut machen, aber nur eine Seite der gleichen Medaille sind.

Denn während Spitzeneinkommen steigen, stagniert seit Jahren die Lohnentwicklung bei mittleren und niedrigen Einkommen: Im Zeitraum von 2000 bis 2010 sind die Nettostundenlöhne real um gerade einmal 1,4 Prozent gestiegen. 3,6 Millionen Beschäftigte in Deutschland erhalten weniger als 7 Euro brutto pro Stunde. Rund 1,2 Millionen sogar weniger als 5 Euro. Das bedeutet für 1,4 Millionen arbeitende Menschen, dass sie von ihrem Lohn nicht leben können und auf Leistungen des Jobcenters angewiesen sind. Die Zahl der Niedriglohnbeschäftigten stieg im letzten Jahrzehnt kontinuierlich auf fast acht Millionen Menschen an. Diese Zahlen zeigen: Der gerne von schwarz-gelben Politikern zitierte Satz „Sozial ist, was Arbeit schafft“, stimmt nicht. Für die SPD-Bundestagsfraktion ist klar: Gute Arbeit schafft nicht nur Einkommen, sie ermöglicht, auf eigenen Beinen zu stehen, ist Emanzipation, sie schafft Stolz und Würde.

Ohne eine aktive Arbeitsmarktpolitik drohen eine dauerhafte Spaltung des Arbeitsmarktes in Fachkräftemangel und verhärtete Langzeitarbeitslosigkeit sowie prekäre Arbeitsbedingungen. Um dem entgegenzuwirken, ar-



Am 1. Mai demonstrierten die Sozialdemokraten mit den Gewerkschaften für gute Arbeit.

beitet die SPD-Bundestagsfraktion schon seit über einem Jahr mit ihrem „Projekt Zukunft“ an einer Arbeitsmarktpolitik, die den aktuellen Herausforderungen gerecht wird. „Wir brauchen eine neue Ordnung für den Arbeitsmarkt“, sagt SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil. Ob Missbrauch bei Leiharbeit oder bei Werkverträgen – die SPD wolle Prekarisierung und Rechtsbruch in der Arbeitswelt grundsätzlich begegnen. Soziale Sicherheit für Beschäftigte und Flexibilitätsanforderungen der Unternehmen müssten in eine neue Balance gebracht werden. „Ordnung für Arbeit heißt Sicherheit für Beschäftigte, aber auch Sicherung von Qualitätsarbeit am Standort Deutschland.“

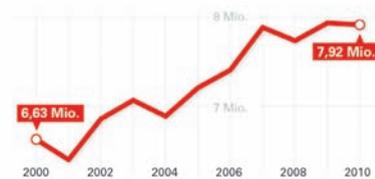
Mit fairen Regeln wollen die Sozialdemokraten prekäre Arbeitsbedingungen bekämpfen, die Gleichstellung von Frauen und Männern voranbringen und die Voraussetzungen für starke Gewerkschaften verbessern. Dazu

gehört der von SPD und Gewerkschaften gemeinsam geforderte flächendeckende Mindestlohn. Wo immer es möglich ist, sollen starke Gewerkschaften gute Tariflöhne aushandeln. Angesichts der fast acht Millionen Menschen im Niedriglohnsektor wird aber deutlich, dass dies nicht ausreicht. Menschen, die hart arbeiten, müssen von ihrer Arbeit auch leben können. Daneben setzen sich die Sozialdemokraten für neue Regeln in der Leiharbeit ein. Leiharbeit kann ein sinnvolles Instrument sein, um kurzfristige Auftragsspitzen in Betrieben zu bewältigen und Brücken in reguläre Beschäftigung zu bauen. Unternehmen dürfen Leiharbeit aber nicht für Tariffucht und Lohndumping missbrauchen. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert deshalb, dass der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ („Equal Pay“) für Stamm- und Leihbeschäftigten „ohne Wenn und Aber“ durchgesetzt wird. ■

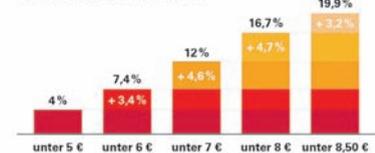
Niedriglöhne

Niedriglöhne weit verbreitet

Die Zahl der Beschäftigten* mit Niedriglöhnen betrug ...



Von allen Beschäftigten* arbeiteten 2010 für einen Stundenlohn von ...



* inklusive Schüler, Studierende und Rentner
Quelle: IAO 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

Der Niedriglohnsektor macht einen großen Anteil der Beschäftigten in Deutschland aus. Schlechte Löhne aber haben soziale Folgen: Die Betroffenen haben selten Anspruch auf Arbeitslosengeld und rutschen direkt in die Grundsicherung. Außerdem wächst mit jedem Jahr im Niedriglohnbereich das Risiko von Altersarmut. Dieser Trend muss gebrochen werden. Deutschland braucht einen Mindestlohn von 8,50 Euro. Er ist ein Gebot der Leistungsgerechtigkeit. ■

Arbeit sichern, Wege öffnen

Neue Ordnung am Arbeitsmarkt



Mehr Informationen über die Arbeitsmarktpolitik der SPD-Fraktion gibt es in der Broschüre „Arbeit sichern, Wege öffnen“ auf www.spdfraktion.de.

Unions-Mindestlohn: Ein gigantisches Täuschungsmanöver

Pünktlich vor den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein hat Arbeitsministerin von der Leyen ein CDU-Mindestlohn-Modell vorgestellt.

Der Vorschlag von CDU/CSU sieht vor, dass eine Kommission über die Höhe der Lohnuntergrenze entscheiden soll, allerdings nur für Bereiche ohne Tarifverträge. „Die meisten Menschen, die für niedrige Löhne arbeiten, werden davon nicht profitieren können“, sagt Hubertus Heil. Bei dem Vorschlag han-

dele es sich nicht um einen Mindestlohn, sondern lediglich um einen Kompromiss zwischen den Flügeln der Union. Er sieht in dem Vorschlag vor allem ein Täuschungsmanöver von Arbeitsministerin von der Leyen vor den wichtigen Landtagswahlen.

Denn klar ist auch: die FDP hat mehrfach verkündet, dass sie die Mindestlohnvorschläge der Union nicht mittragen wird. Ein Mindestlohn ist also mit der schwarz-gelben Bundesregierung bis 2013 nicht durchsetzbar. „Es gibt

weder eine echte Einigung, noch einen echten Mindestlohn“, bringt es die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Anette Kramme auf den Punkt. Die CDU habe sich lediglich parteiintern entschieden, weiter gegen einen allgemeinen und fairen Mindestlohn zu sein. Aber selbst wenn sich die Ministerin innerhalb der Koalition durchsetzen würde, kämen nur wenige Arbeitnehmer in den Genuss höherer Löhne. „Entscheidend ist, dass jeder Arbeitgeber die Mindestlohnregelung da-

durch unterlaufen kann, dass er im Arbeitsvertrag einen beliebigen Tarifvertrag, auch mit Scheingewerkschaften, zur Anwendung bringen lässt“, sagt Kramme.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat schon vor Monaten einen Gesetzentwurf eingebracht, der eine absolute, gesetzlich festgelegte Lohnuntergrenze in allen Bereichen vorsieht. ■

Mehr Infos zu allen Themen:

www.spdfraktion.de



Mittendrin im Getümmel: Gernot Erler (Mitte) bei der 1. Maifeier in Freiburg.



Martin Burkert bei der 1. Mai-Demo in Aschaffenburg.



Josip Juratovic bei der Mai-Demo des DGB in Heilbronn.



Hans-Joachim Hacker (Mitte) bei der Maidemo in Schwerin.

1. Mai: Gerechte Löhne für Deutschland und Europa!

Über 400.000 Menschen haben unter dem Motto „Gute Arbeit für Europa – Gerechte Löhne, Soziale Sicherheit“ an den Kundgebungen zum Tag der Arbeit teilgenommen. Unter ihnen auch die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion.



Kerstin Griese MdB gemeinsam mit der IG Metall Jugend Velbert.



Gerd Bollmann (links) bei der DGB Mai-kundgebung in Herne.



Rainer Arnold (rechts) zusammen mit DGB-Chef Michael Sommer bei der Maidemo in Kirchheim unter Teck.



Kerstin Tack (rechts) bei der Maidemo in Hannover.



Katja Mast (rechts) und Andrea Nahles mit den Jusos aus Pforzheim/Enzkreis.



Angelika Krüger-Leißner (rechts) sammelte Spenden für den Arbeitslosenverein in Hennigsdorf.



Garrelt Duin (Mitte) mit dem Kreisvorsitzenden des DGB in Aurich, Werner Schlender (rechts) und dem Mitglied des Niedersächsischen Landtages, Wiard Siebels (links).



Joachim Poß (3. v.links) und Siegmund Ehrmann (4. v.links) auf einer Veranstaltung in Kamp-Lintfort (Bergwerk West).

Gemeinsam für den Mindestlohn

Ein Kurswechsel in Europa, eine neue Ordnung der Arbeit und Maßnahmen gegen die drohende Altersarmut – das waren die zentralen Forderungen von DGB und Gewerkschaften zum 1. Mai 2012.

Über 400.000 Menschen waren bundesweit dem Aufruf der Gewerkschaften gefolgt und zum 1. Mai auf die Straße gegangen.

„Diese gute Beteiligung ist eine deutliche Aufforderung an die schwarz-gelbe Regierungskoalition, endlich den allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro in der Stunde einzuführen“, sagte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer.

Die Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion zeigten sich mit der Teilnahme an den Maidemonstrationen in ganz Deutschland solidarisch mit den Forderungen des DGB. Sei es beim Thema Mindestlohn, bei der Bekämpfung von Missbrauch bei der Leiharbeit, der Finanzmarktregulierung oder das gemeinsame Ziel eines sozialen Europas: Die SPD-Bundestagsfraktion steht an der Seite der Gewerkschaften. ■



Florian Pronold auf der DGB-Maikundgebung in Dingolfing.



Brigitte Zypries bei der 1. Mai-Veranstaltung in Ober-Ramstadt.



Iris Gleicke auf der Maikundgebung in Suhl.



Hubertus Heil sprach bei der Maidemo in Peine.



Steffen-Claudio Lemme als Hauptredner bei der DGB-Kundgebung in Sömmerda.



Michael Groschek am 1. Mai bei einer Gewerkschaftskundgebung in Hilden.



Petra Crone auf der Maidemo in Lüdenscheid.



Stefan Schwartze auf der 1. Maidemo in Herford.

Vorgestellt

Wenig Geld trotz Ausbildung

Von allen Beschäftigten* mit Niedriglohn hatten 2010 ...



* inklusive Schüler, Studierende und Rentner
Quelle: IAQ 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

Niedriglöhne treffen auch Menschen mit Ausbildung. Diese machen sogar den überwiegend größten Teil der zu schlechten Löhnen Beschäftigten aus. Das Institut für Arbeit und Qualifikation (IAQ) hat errechnet, dass rund 80 Prozent der Niedriglohnbeschäftigten eine Berufsausbildung, 10 Prozent sogar einen Hochschulabschluss haben. Damit wird klar: Bessere Bildung ist notwendig, aber nicht ausreichend. Damit aus Bildungsinvestitionen für die Menschen und für die Gesellschaft auch angemessene Bildungsrenditen werden, brauchen wir eine neue Ordnung für Arbeit, die Dumpinglöhnen entgegenwirkt. Wir brauchen eine Stabilisierung der Tariflandschaft, mehr Mitbestimmung und starke Gewerkschaften. ■

„Wir brauchen eine neue Ordnung der Arbeit“

Sparen allein reicht nicht. In seinem Gastbeitrag fordert DGB-Chef Michael Sommer ein europäisches Wachstumsprogramm.

Die Zahlen sind bedrückend: in Spanien ist fast jeder zweite junge Mensch unter 25 ohne Beschäftigung. In der Euro-Zone hat die Arbeitslosigkeit Rekordniveau erreicht, in Griechenland liegt sie bei fast 22 Prozent, in Spanien noch höher. Schlimmer noch: im Namen des Krisenmanagements werden dort im Eiltempo soziale Errungenschaften wie Tarifautonomie oder ein auskömmlicher Mindestlohn über Bord geworfen. Es wird oft vergessen, dass die Krise nicht in Athen oder Madrid, sondern an der Wall Street ihren Anfang nahm. Aber es sind vor allem die Menschen in den Krisenländern, die die Folgen tragen. Denn aus der Finanzkrise ist in Europa längst eine soziale Krise geworden. Wir haben in der Krise 2008/09 das Richtige getan und uns mit Konjunkturprogrammen und Kurzarbeit erfolgreich der Rezession entgegengestellt. In der gegenwärtigen Krise tut die Bundesregierung aus unerfindlichen Gründen genau das Gegenteil. Wir sparen die Krisenländer zugrunde statt ihnen auf die Beine zu helfen. Was wir brauchen, ist ein europäisches Wachstumsprogramm. Nicht Sparen schafft Wachstum und Beschäftigung, sondern Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Zukunftstechnologien. Die Staaten in Europa müssen die Staatsverschuldung natürlich in den Griff bekommen – übrigens auch wir. Aber dies ist nicht nur eine Frage der Ausgaben, sondern auch der Einnahmen. Wer ständig bei Arbeitnehmern, Rentnern und sozial Schwachen kürzt, die Krisenverursacher aber davonkommen lässt, macht sich un-



Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer warnt davor, die Krisenländer zugrunde zu sparen.

gläubwürdig. Deutschland steht vergleichsweise gut da. Wir haben eine starke Industrie und einen guten Dienstleistungssektor, die Beschäftigten sind qualifiziert und engagiert. Aber es kann Deutschland auf Dauer nicht gut gehen, wenn es Europa schlecht geht. Es ist in unserem Interesse, dass unsere südeuropäischen Partner wieder auf die Beine kommen. Unsere Wirtschaft ist robust, aber auch sie wird es zu spüren bekommen, wenn die Nachfrage in den Krisenländern dauerhaft wegbricht. In diesem Jahr laufen wichtige Tarifverhandlungen und die Kolleginnen und Kollegen kämpfen zu Recht dafür, angemessen und gerecht am Aufschwung beteiligt zu werden. Aber für viele Menschen in Deutschland wird sich trotz Aufschwung und guter Tarifabschlüsse nichts ändern. Millionen von ihnen

halten sich mit Minijobs und Leiharbeit, mit befristeten Jobs oder als Scheinselbständige über Wasser. Sie zahlen den Preis für Jahrzehnte der Deregulierung auf dem Arbeitsmarkt. Systematisch wurden Regeln abgeschafft, die die Beschäftigten vor Ausbeutung und Lohndumping geschützt haben. Wir brauchen deshalb eine neue Ordnung der Arbeit. Wir brauchen klare, verbindliche Regeln, die die Beschäftigten schützen und an die sich alle zu halten haben. Dazu gehört u.a. ein gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro, der alle darunterliegenden Löhne kassiert, sowie gleiches Geld für gleiche Arbeit in der Leiharbeit. Der DGB, seine Mitgliedsgewerkschaften und die Kollegen in den Fabriken und Büros werden nicht locker lassen, bis wir diese Ziele erreicht haben. ■

Fachkräftebedarf: Deutschland als attraktiven Arbeitsort stärken

Die künftige Entwicklung in Deutschland steht ganz im Zeichen des demografischen Wandels. Unsere Gesellschaft wird kleiner, älter und bunter. Gleichzeitig herrscht auf dem Arbeitsmarkt schon jetzt ein Fachkräftemangel. Damit der Arbeitsmarkt aber zukunftsfähig bleibt, muss der Fachkräftebedarf gesichert sein. Dabei spielt auch die Weiterentwicklung des Aufenthaltsrechts eine wichtige Rolle, denn Deutschland ist auf Zuwanderung angewiesen. Für die SPD-Bundestagsfraktion ist deshalb klar: Aus sozialen, bildungspolitischen und auch

humanen Gründen muss das Aufenthaltsrecht angepasst werden. Einerseits, um mehr qualifizierte Fachkräfte in Deutschland zu halten und andererseits, um Deutschland attraktiver für Einwanderung qualifizierter Fachkräfte zu machen. In einem Antrag fordern die Sozialdemokraten von der Bundesregierung konkrete Maßnahmen für die Weiterentwicklung des Aufenthaltsrechts. Grundsätzlich seien dabei Veränderungen in drei Bereichen notwendig: Die Chancen der hier lebenden Menschen bei beruflichem Ein- und Aufstieg müssten verbessert werden,

heißt es in dem Antrag. Das fördere die Integration in den Arbeitsmarkt und die Erwerbsbeteiligung. Zudem bedürfe es attraktiver Arbeitsplätze und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt einschließlich gerechter Löhne und wirksamer Weiterqualifizierung. Drittens müsse Deutschland attraktiver für qualifizierte und hochqualifizierte Einwanderer werden. Konkret fordert die SPD-Fraktion, die Bemühungen um ausländische Hochschulabsolventen zu verstärken. Zudem sei zu klären, ob Studierende aus Nicht-EU-Ländern in Deutschland ausreichende Informationsangebote

über ihre Aufenthalts- und Beschäftigungsmöglichkeiten im Anschluss an das Studium erhalten. Die Frist, innerhalb der ausländische Absolventen sich nach Studienende einen Arbeitsplatz suchen können, müsse auf 18 Monate verlängert werden. Gleichzeitig betonen die Sozialdemokraten, dass „eine Fortentwicklung des Einwanderungsrechts Bemühungen in der Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik weder ersetzen noch zurückdrängen darf, sondern ein Baustein neben den anderen sein muss.“ ■



Frank-Walter Steinmeier mit den Gewinnern des Wettbewerbs, dem Judo-Sportverein Speyer.



Der SPD-Fraktionsaal im Reichstagsgebäude war gefüllt bis auf den letzten Platz.



Henry Maske mit SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier.



DFB-Präsident Wolfgang Niersbach mit ZDF-Sportstudio-Moderator Sven Voss.



Auch die Fußballer Mike Hanke (3.v.l.) und Gerald Asamoah (4.v.r.) waren gekommen.

Mit Sport gegen Ausgrenzung

600 Gäste kamen zum Frühjahrsempfang der SPD-Bundestagsfraktion. Das Thema: Sport.

Das Jahr 2012 steht ganz im Zeichen des Sports: Erst die Fußball-EM, dann die Olympischen Spiele in London und im Anschluss die Paralympics. Die Sozialdemokraten haben das Sportjahr mit einem großen Frühjahrsempfang zum Thema Sport eingeleitet. Mehr als 600 Gäste – darunter viele ehemalige und aktive Profisportler – waren gekommen, um die gesellschaftliche Bedeutung des Sports zu betonen.

Unter dem Motto „Aktiv für Integration und Demokratie“ hatte die SPD-Fraktion im Vorfeld Vereine aus dem deutschen Breitensport aufgerufen, sich mit ihren zivilgesellschaftlichen Projekten zu bewerben: Vereine, die sich einsetzen für Toleranz und Vielfalt, die kämpfen gegen Rechtsextremismus und Hass. Kurz: Vereine, die Haltung zeigen.

Die Resonanz war riesig. Bei dem Wettbewerb beteiligten sich insgesamt mehr als 200 Vereine. SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier lobte in seiner Rede dieses soziale Engagement: „Für viele von Ihnen hat Leidenschaft nicht nur Platz im Sport, sondern auch beim Eintreten für die eigenen Überzeugungen.“ Er sei froh, dass den Rechten dadurch die Rote Karte gezeigt werde.

DFB-Präsident Wolfgang Niersbach sagte, dass Integration erst dann gelungen

sei, wenn sie gar kein Thema mehr sei, wenn es einfach selbstverständlich sei, dass Menschen unterschiedlicher Art gemeinsam Sport treiben, im Verein, in Schulen, überall. Vier Vereine wurden ausgezeichnet, die sich nach Meinung der Jury durch ihr soziales Engagement besonders hervortun. Dabei gab es zwei dritte Plätze: der internationale Tanzsportverein Joker aus Leipzig und die Freiwilligenagentur Jugend-Sozialesport e. V. aus Wolfenbüttel. Auf Platz zwei schaffte es der ASV-Moabit Basketball Club aus Berlin. Und Platz 1 errang der Judo-Sportverein Speyer.

Der Verein hatte gewonnen, weil er – so die Begründung der Jury – „besonders auf die Integration von Randgruppen Wert legt“. Die Jury hob in ihrer Begründung, die durch Henry Maske vorgetragen wurde, hervor: „So gibt es zum Beispiel drei Trainingseinheiten pro Woche für Menschen mit Behinderung. Inklusion ist hier nicht nur gute Absicht. Es geht um kennenlernen, um verstehen lernen, um Akzeptieren, kurz: um den respektvollen Umgang miteinander“. Die Gewinner bekamen jeweils einen Pokal, eine Urkunde und einen Warengutschein für Sportartikel. ■

Video unter spdfraktion.de

Nachhaltigkeitskonferenz: Global denken – Lokal handeln

Der Begriff Nachhaltigkeit ist in aller Munde, gleichzeitig wissen viele Menschen aber nicht, was sie sich darunter vorstellen sollen. Dabei gibt es in Deutschland zahlreiche Initiativen und Projekte, die den Begriff Nachhaltigkeit mit Leben füllen. „Nachhaltigkeit ein Gesicht geben“ lautete deshalb das Motto einer Veranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion im Vorfeld des Erdgipfels „Rio+20“, der im Juni dieses Jahres stattfindet. Der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Matthias Miersch hatte dazu zahlreiche Initiativen in den Bundestag eingeladen. Ziel der Konferenz war es, Nachhaltigkeitsinitiativen und Bürgerprojekten eine Plattform zu geben.

SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber sagte in seiner Begrüßung, dass Nachhaltigkeit ein „sperriger Begriff“ geblieben sei. Viele Unternehmen hätten das Etikett „Nachhaltigkeit“ verwässert.

Deshalb sei auch die Arbeit der Initiativen vor Ort so wichtig. Dort und im internationalen Nord-Süd-Dialog müsse die Nachhaltigkeit weiterentwickelt werden.

Wie die Arbeit vor Ort konkret aussieht, und wie vielfältig das Engagement für Nachhaltigkeit in Deutschland ist, zeigten die 50 Initiativen aus unterschiedlichen Regionen. Darunter Initiativen, die den fairen Handel fördern, Projekte, die sich dem Naturschutz widmen oder solidarische Landwirtschaft ins Leben gerufen haben. Dazu Schulprojekte und internationale Patenschaftsprogramme. Die angereisten Initiativen nutzten dabei nicht nur die Möglichkeit, mit der Politik ins Gespräch zu kommen, sondern auch, um sich mit anderen Engagierten über die Projekte auszutauschen und voneinander zu profitieren. Eine anschließende Podiumsdiskussion mit hochrangigen Ver-

tretern des Nachhaltigkeitsrates, WWF, Oxfam und B.A.U.M. e.V. zeigte auf, an welchen Stellen Politik und Gesellschaft noch neue Wege gehen müssen, um das Ziel einer nachhaltigen Gesellschaft zu erreichen.

In den letzten 20 Jahren hat es zwar Fortschritte in ökonomischer Hinsicht gegeben. Doch beim verantwortungsvollen Umgang mit den natürlichen Ressourcen unseres Planeten sind Rückschritte zu verbuchen. Auch hinsichtlich der Armut- und Hungerbekämpfung in den Entwicklungsländern ist der Trend negativ. Besonders betroffen sind Frauen. Auch bei der guten Regierungsführung in armen Ländern gibt es noch viel zu tun, und Unternehmen müssen ihre soziale und ökologische Verantwortung noch stärker wahrnehmen. Deutschland ist zwar im internationalen Vergleich gut aufgestellt. So überprüft der Parlamentari-

sche Beirat für nachhaltige Entwicklung die Gesetzgebung hinsichtlich ihrer sozialen und ökologischen Auswirkungen. Aber auch hier müssen die Stellschrauben neu definiert werden. Unternehmen müssen hinsichtlich ihrer sozialen und ökologischen Verantwortung mehr tun.

„Die Konferenz hat gezeigt, dass in Deutschland richtig viel passiert in der Nachhaltigkeitsbewegung“, sagte Matthias Miersch, der als umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion deutsches Delegationsmitglied des Erdgipfels der Vereinten Nationen (VN) im Sommer sein wird. Dort soll Bilanz gezogen werden, was 20 Jahre nach dem ersten VN-Erdgipfel in Rio aus den vereinbarten Zielen und Strategien geworden ist. ■

Mehr Infos zu allen Themen:

www.spdfraktion.de



Anette Kramme und Ernst-Dieter Rossmann: Mit Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik gegen den Fachkräftemangel.

»Bildung verhindert Arbeitslosigkeit, das wird in der Zukunft erst recht gelten.«

Zwei Projekte mit Schnittmengen. Anette Kramme und Ernst Dieter Rossmann betreuen im Projekt Zukunft die Projektgruppen „Ordnung für Arbeit“ und „Ganztagsschule“. Im Interview sprechen sie darüber, wie wichtig Bildung für die berufliche Laufbahn ist.

Deutschland steht im Vergleich zu seinen europäischen Nachbarn sehr gut da, die Zahl der Arbeitslosen ist mit unter drei Millionen so niedrig wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Kann man sich als Politiker auf diesem Feld zurücklehnen?

Anette Kramme: Zurücklehnen nein. Es ist richtig, dass wir aus den Zeiten der Massenarbeitslosigkeit raus sind, und das verschafft uns natürlich Erleichterung. Trotzdem haben wir nach wie vor eine Menge Problemgruppen am Arbeitsmarkt. Ich denke da vor allem an die Langzeitarbeitslosen. Daneben sind es ältere Arbeitnehmer und Menschen mit Migrationshintergrund, die keine Beschäftigung finden.

Wir müssen in der Arbeitsmarktpolitik umsteuern, auch deshalb, weil mit dem Fachkräftemangel ein neues Problem auf uns zukommt. In einzelnen Bereichen gibt es bereits heute Engpässe bei den Fachkräften.

Wo liegen die Ursachen für diese eher paradoxe Arbeitsmarktsituation – zu viele Langzeitarbeitslose, aber zu wenig Fachkräfte?

Anette Kramme: Es sind in vielen Fällen Qualifikationsdefizite. Von den SGB-II-Empfängern haben 53 Prozent keine Berufsausbildung. 23 Prozent haben nicht mal einen Schulabschluss. Damit kommen sie für viele Tätigkeiten nicht in Frage.

Ist Bildung heute noch wichtiger als früher?

Ernst Dieter Rossmann: Bildung ist persönlich wie gesellschaftlich unersetzlich und Bildung wird auch ökonomisch immer wichtiger. Bildung ist die

„Bereits heute gibt es Engpässe bei den Fachkräften“

Anette Kramme

Grundlage dafür, in Beschäftigung zu kommen und in Beschäftigung zu bleiben. Von daher hat das Thema oberste Priorität.

„Das Thema Bildung hat oberste Priorität“

Ernst Dieter Rossmann

Wie kann man präventiv gegen die Langzeitarbeitslosigkeit vorbeugen?

Anette Kramme: Wir müssen dafür sorgen, dass junge Menschen eine gute Schulausbildung haben, eine gute Berufsausbildung oder einen guten akademischen Abschluss. Bildung verhindert Arbeitslosigkeit, das war schon immer so und das wird in der Zukunft erst recht gelten.

Warum ist gerade die Ganztagschule besser geeignet, um Schüler auf den Arbeitsmarkt vorzubereiten?

Ernst Dieter Rossmann: Erst einmal hat die Ganztagschule ihren Hauptgrund nicht in der Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt. Der Hauptgrund für die Ganztagschulen liegt darin, dass es für alle Beteiligten die bessere Schule ist: Die Schüler haben mehr Zeit in der Schule, die Eltern werden entlastet, auch dadurch dass in der Regel keine Hausaufgaben mehr gemacht werden müssen, und auch für die Lehrkräfte ist es deutlich entspannter. Wir haben also einen großen Nutzen für alle drei an der Schule beteiligten Gruppen: Schüler, Eltern und Lehrer.

Zum Zweiten sorgen Ganztagschulen für eine größere soziale Integration durch ein längeres soziales Miteinander und einen sozialen Austausch. Sie wirken integrierend für verschiedene Schichten und Herkunftsgruppen. Und dann gibt es die Perspektive, dass sie kulturelle Schlüsselqualifikationen fördert, auf die es in der weiteren beruflichen Laufbahn ankommt. Dort, wo es Ganztagschulen gibt, gibt es weniger Kinder, die gar nicht in das Bildungssystem integriert sind.

Nicht in das Bildungssystem integriert sind in Deutschland auch ca. 1,5 Millionen junge Erwachsene zwischen 20 und 30 Jahren, die keine Berufsausbildung haben.

Wenn Bildung so wichtig ist, wo liegen die Ursachen hierfür?

Ernst Dieter Rossmann: Das hat etwas damit zu tun, dass wir in der schulischen Grundbildung noch nicht gut genug sind. Diese 1,5 Millionen bauen sich auch auf über die 70.000 jungen Menschen, die jedes Jahr ohne Schulabschluss aus der Schule gehen. Dazu kommen diejenigen, die einen unzureichenden Schulabschluss haben und diejenigen, die in der beruflichen oder akademischen Ausbildung nicht erfolgreich sind. An der Stelle müssen wir so ansetzen, dass wir weniger Berufsausbildungsabbrüche haben, dass wir weniger Studienabbrüche haben und das ganze System, wie wir die Menschen zu einem erfolgreichen Bildungsabschluss führen, von Grund auf besser wird. Und zwar so, dass es auch zusätzliche zweite und dritte Chancen gibt.

Anette Kramme: Ein weiterer Grund ist sicherlich, dass viele junge Leute in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit keine Ausbildungsplätze gefunden hatten. Es gab einfach nicht genügend Angebote. Das bedeutet aber nicht, dass man sie jetzt noch 30 oder 40 Jahre ungelehrt auf dem Arbeitsmarkt belassen kann. Wir brauchen ein Programm der „Zweiten Chance“. Es muss möglich sein, jederzeit eine Berufsausbildung nachzuholen. Das tut dem Einzelnen gut, und auch unsere Gesellschaft kann es sich nicht leisten, auf brachliegende Potentiale zu verzichten, gerade wegen des wachsenden Fachkräftebedarfs.

„Wir brauchen ein Programm der zweiten Chance“

Anette Kramme

Welche Möglichkeiten hat man bei den Langzeitarbeitslosen?

Anette Kramme: Bei den Langzeitarbeitslosen brauchen wir Maßnahmen, die sehr langfristig angelegt sein müssen. Erst einmal geht es – zumindest manchmal – darum, Menschen überhaupt wieder in die Gesellschaft zu bringen. In einem zweiten Schritt müssen wir sie oft nachqualifizieren. Das sind keine Projekte, die auf drei, vier Monate ausgelegt sind. Da muss man viel Geduld aufbringen und manchmal braucht man, wenn man ehrlich ist, 3-5 Jahre für eine Reintegration.

Bildung verhindert Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig ist es heute so, dass selbst ein Hochschulabschluss keine Jobgarantie bedeutet. Auch Akademiker landen in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Wie passt das zusammen?

Anette Kramme: Trotzdem gilt, dass die Arbeitslosigkeit bei gut Qualifizierten niedriger ist als bei schlecht Qualifizierten. Um prekäre Jobs zu verhindern, müssen wir bei der Ordnung am Arbeitsmarkt ansetzen.

„Die Ganztagschule ist für alle Beteiligten die bessere Schule“

Ernst Dieter Rossmann

Was heißt das konkret?

Anette Kramme: Wir müssen zum Beispiel über eine Lösung des Problems „Generation Praktikum“ nachdenken. Das Problem ist ja, dass Praktikanten oft als Arbeitnehmer eingesetzt werden. Dagegen kann man zum Beispiel mit einer Vermutungsregelung vorgehen, sie also erst einmal als Arbeitnehmer sehen und die Beweislast zu Lasten der Arbeitgeber umkehren. Ein zweites Problem sind die befristeten Arbeitsverhältnisse, die bei fast 50 Prozent aller Neueinstellungen vorliegen. Die könnten wir zurückfahren, indem wir die Befristung ohne Sachgrund nicht mehr zulassen.

Was sind die Ziele Eurer beiden Projektgruppen, wie genau geht Ihr vor?

Ernst Dieter Rossmann: Zum einen wollen wir mit unserem Projekt ein Leitbild von guter Ganztagschule entwickeln. Dazu haben wir Praktiker und Schulleiter von besonders guten Ganztagschulen aus ganz Deutschland eingeladen. Daneben arbeiten wir zusammen mit den Fachkräften aus wichtigen Verbänden und den kommunalen Spitzenverbänden. Gleichzeitig gibt es die quantitative Frage: Wo stehen wir in Deutschland und wo müssen wir noch hin, um den Anschluss an andere europäische Länder zu finden? Wir wollen hier zu einer echten Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe kommen. Dabei steht das 4-Milliarden Ganztagschulpro-

SPD BUNDESTAGS FRAKTION Zukunftsdialog online

Wie wollen Sie leben?

„Das Land braucht wieder eine seriöse Regierung. Wir müssen jetzt mit aller Leidenschaft für die Sache bessere Antworten auf die herausragenden Probleme geben. Besser heißt: stetig im Kurs, nah an der Realität, tauglich für die Praxis und gerade deshalb vertrauenswürdig.“
(Dr. Frank-Walter Steinmeier, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion)

Die SPD-Bundestagsfraktion bereitet sich auf Regierungsverantwortung vor. In unserem „Projekt Zukunft“ arbeiten wir an Antworten auf dringende Herausforderungen, vor denen unser Land und unsere Gesellschaft stehen. Wir wollen Deutschland modernisieren. Und wir möchten, dass Sie dabei mitmachen.

Was wünschen Sie sich für unser Land im Jahr 2020? Wie wollen Sie leben?
Wie müssen Politik, Gesellschaft und Wirtschaft heute dafür die Weichen stellen?

Gestalten Sie mit uns gemeinsam die Zukunft unseres Landes. Wir laden alle Interessierten ein, auf unserer neuen Beteiligungsplattform **Zukunftsdialog online** mitzuwirken und sich mit ihren Ideen und Vorschlägen direkt an unserer Projektarbeit zu beteiligen.

Weitere Informationen über das Projekt **Zukunftsdialog online** finden Sie auf der **Hintergrundseite**. Hilfe und Unterstützung zur Nutzung der Plattform erhalten Sie zudem unter adhocracy@spdfraktion.de.

[Registrieren >](#) oder → MEHR ERFAHREN

Beim Projekt Zukunft der SPD-Bundestagsfraktion kann man auch online mitmachen unter: zukunftsdialog.spdfraktion.de

jekt von Edelgard Bulmahn und Gerhard Schröder aus 2003 Pate. Es ist damals in ganz Deutschland bestens angenommen worden und hier wollen wir mit einem zweiten Ganztagschulprogramm anknüpfen.

Anette Kramme: Unser Ziel ist es, die SPD innovativer zu machen, und zwar in allen Bereichen der Politik. Wir wollen die Maßstäbe für Politik in der Bundesrepublik Deutschland bestimmen. Beim Projekt „Ordnung für Arbeit“ geht es einerseits darum, dass wir klassische Probleme lösen: Zum Beispiel einen Mindestlohn einführen oder die Leiharbeit zurückdrängen. Aber da geht es auch um eine moderne Ausgestaltung der Mitbestimmung. Wenn Arbeitnehmer ein Leben lang fort- und weitergebildet werden, müssen auch die Betriebsräte in diesen Dingen mitbestimmen können. Daneben bin ich der Auffassung, dass Betriebsräte auch ein Recht brauchen, beim Gesundheitsmanagement und bei der Gesundheitsförderung mitzubestimmen. Das sind nach meiner Auffassung innovative Ideen für die Bundesrepublik Deutschland.

Im Projekt Zukunft gibt es sieben Projektgruppen aus unterschiedlichen Politikfeldern. Wie bringt man das zusammen, was soll aus Eurer Sicht am Ende dabei rauskommen?

Anette Kramme: Am Ende wird dabei ein Leitfaden für die SPD-Bundestagsfraktion rauskommen, und zwar für die künftige Regierungsarbeit. Selbstverständlich muss so etwas auch in das Wahlprogramm der Partei fließen. Die Fraktion kann hier mit Sicherheit wichtige Ideen liefern.

Ernst Dieter Rossmann: Wir wollen einerseits ein gutes Programm und einen Orientierungsrahmen für das praktische Tun. Gleichzeitig wollen wir aber auch Bewusstsein schaffen und mit

befreundeten Organisationen den Boden so lockern, dass diese Zukunftsideen in der Öffentlichkeit eine stärkere Unterstützung finden. Es ist also nicht nur der Text, sondern es ist auch das Werben um Unterstützung für diese Zukunftsideen. Und die Fraktion hat aus diesem Zukunftsdialog heraus die Partei schon jetzt auf bestimmte Positionen hingeführt: zum Beispiel, dass wir für Bildung ein 20 Milliarden-Programm schnüren wollen, finanziert

„Wir wollen die Maßstäbe für Politik in Deutschland bestimmen“
Anette Kramme

über eine Besteuerung von großen Vermögen, großen Erbschaften und großen Einkommen. So etwas macht dann den Kommunen, den Trägern auch Mut, dass eben nicht nur auf Papier geschrieben ist, sondern auch eine finanzielle Unterlegung bekommt. ■

Mehr Infos zu allen Themen:

www.spdfraktion.de

Vorgestellt



Carola Reimann

Dr. Carola Reimann (45) sitzt seit dem Jahr 2000 für die SPD im Bundestag. Dort ist sie seit 2009 die Vorsitzende des Gesundheitsausschusses. Die Diplom-Biotechnologin ist seit 2002 stets als direkt gewählte Abgeordnete in den Bundestag eingezogen. Dort vertritt sie die Interessen ihrer Heimatstadt Braunschweig. Über ihre Politik sagt sie: „Für mich ist entscheidend, dass wir hierbei den Grundpfeiler unseres Gesundheitssystems – das Solidarprinzip – erhalten und weiter stärken. Auch in Zukunft muss jeder Zugang zu medizinischen Leistungen auf hohem qualitativem Niveau haben.“ ■



Joachim Poß

Joachim Poß (63) ist seit 1999 stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und dort zuständig für die Themen Finanzen und Haushalt. Joachim Poß sitzt seit 1980 im Bundestag und ist stets über ein Direktmandat seines Wahlkreises Gelsenkirchen eingezogen. Bei der Bundestagswahl 2009 erreichte er dort 54,3 % der Stimmen und damit bundesweit das beste Erststimmenergebnis für einen SPD-Bundestagskandidaten. Sein Motto in der Politik: „Das Machbare anzugehen, ohne darüber das Wünschenswerte aus den Augen zu verlieren.“ ■

Atomausstieg: Schwarz-Gelb agiert zögerlich und unehrlich

Von der groß angekündigten Energiewende ist nicht viel übrig geblieben.

// In Deutschland vernachlässigt Schwarz-Gelb die Energiewende. Im Ausland fördert die Bundesregierung den Bau von Atomkraftwerken. //

Vor gut einem Jahr hat der Bundestag die Energiewende und den endgültigen Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen. Seitdem hat sich jedoch nicht viel getan. Es wird immer deutlicher, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung es mit der Energiewende nicht ernst meint. Denn unsichere Investitionsbedingungen, mangelnder Netzausbau, hü und hott bei den Förderprogrammen und die Kreuzzüge gegen die Solarenergie verhindern, dass die Energiewende in Gang kommt. „Die Bundesregierung hat kein Konzept für die Energiewende und agiert weiterhin hektisch, planlos und ohne aufeinander abgestimmte Maßnahmen“, sagt der stellvertretende energiepolitische Sprecher der SPD-Fraktion Dirk Becker. Anders lasse es sich nicht erklären, dass sie die Solarenergie genau dann ausbremsen will, wenn die Technologie kostengünstig wird. „Hier wird wieder einmal der Geist von CDU, CSU und FDP sichtbar, von denen die Mehrheit den Atomausstieg am liebsten rückgängig machen will.“

Fest steht: Schwarz-Gelb agiert beim Thema Atomausstieg unehrlich und inkonsequent. So will die Bundesregierung trotz Atomausstieg in Deutschland weiterhin für den Bau eines Atomkraftwerks (Angra 3) in einem brasilianischen Erdbebengebiet bürgen. Hinter dem Namen Angra 3 verbirgt sich ein Atomkraftwerk, das vom Stand der Technik her mit dem in den 70er Jahren in Deutschland errichteten Kraftwerk Grafenrheinfeld vergleichbar ist. Bereits seit Monaten wurde von vielen Seiten gefordert, dass die Bundesregierung bei ihren aus Steuergeld finanzierten Deckungszusagen gegenüber dem Ausland keine anderen Maßstäbe anlegen darf als beim Atomausstieg im Inland. Statt den Ausbau Erneuerbarer Energien gerade in Schwellenländern zu fördern, setzt die Bundesregierung weiter auf Atomenergie, und das, obwohl viele Experten vor der bereits heute völlig veralteten Technik des in Bau befindlichen brasilianischen Meilers warnen. „Dass ein Atomkraftwerk in einem Erdbe-



In Deutschland sollen die Atomkraftwerke vom Netz, im Ausland werden sie gefördert.

bengebiet wie Fukushima mit deutschen Steuergeldern finanziert werden soll, ist eine Doppelzüngigkeit, die nicht zu überbieten ist“, sagt der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Matthias Miersch.

Aber nicht nur in Brasilien, sondern auch auf europäischer Ebene verblasst die Erinnerung an die Katastrophe von Fukushima. So fordern mehrere EU-Staaten, die Atomenergie künftig als klimafreundliche Zukunftsenergie anzuerkennen. Das würde bedeuten, dass die Europäische Union Atomtechnik genauso fördern soll wie Wind- und Solaranlagen. Diese Forderung erscheine ein Jahr nach Fukushima wie ein Treppenwitz, sagt der zuständig Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion Marco Bülow. „Die Bundesregierung muss dieses absurde Anliegen rigoros in die Schranken weisen. Wer so unbelehrbar ist, der muss eben von anderen wachgerüttelt werden.“ Die Bundesregierung bleibt aber auch hier untätig. Auch, weil sich Bundesumweltminister Norbert Röttgen wochenlang in den NRW-Wahlkampf verabschiedet hatte. Auch an einem Treffen der europäischen Umweltminister im dänischen

Horsens nahm Röttgen nicht teil. Der stellvertretende umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Frank Schwabe sagt dazu: „Röttgen schwankt zwischen Düsseldorf und Berlin, die Energiewende gerät in Schieflage.“ ■

Termine

24.05. „Miteinander der Generationen im demografischen Wandel“, Stralsund.

24. 05. „Die Schuldenkrise – Zukunftsdialog“, Berlin.

30.05. „Ist Europa noch zu retten?“, Wuppertal.

30.05. „Wie wollen wir leben? Politik gestalten für die Zukunft“, Velbert.

Weitere Termine:

www.spdfraktion.de
www.facebook.com/spdbundestagsfraktion

IMPRESSUM GUTE ARBEIT

Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion

Verantwortlich: Petra Ernstberger MdB, Parl. Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Redaktionsschluss: 10. Mai 2012

Herstellung: NetworkMedia GmbH

Redaktion: Ralf Bergmann, Stefan Hintermeier, Dr. Alexander Linden, Anja Linnekugel, Gero Fischer

Layout: Gero Fischer

Druck: Frankenpost Verlag GmbH

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information.

Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Bestellungen von „Gute Arbeit“, Zeitung der SPD-Bundestagsfraktion, und von

Informationsmaterial zur Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion:

– **per Post:** SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit/Redaktion „Gute Arbeit“, 11011 Berlin

– **per Mail:** oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de

– **per Fax:** 030/22756800